

**Anfrage der Fraktion
DIE LINKE
im Rat der Stadt Krefeld**

-öffentlich-



Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Tel. 02151-862012
dielinke-fraktion@krefeld.de

Vorlagennummer

8077/19 -

Krefeld, 14.11.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	28.11.2019	beschließend

Betreff

Polizeieinsatz im Seidenweberhaus am 17.09.2019 anlässlich der Ratssitzung - Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten nachstehende Anfrage auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 28.11.2019 zu nehmen.

Auf der letzten Ratssitzung sollte die Ordnungsbehördliche Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen und Anlagen in der Stadt Krefeld (OBV) geändert werden. In Teilen waren die beabsichtigten Änderungen auf große Kritik und Protest in der Öffentlichkeit gestoßen. So hatten das Sozialbündnis Krefeld und das Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie in einem Offenen Brief sich u. a. scharf gegen die vorgesehene Erlaubnispflicht für das Verteilen von Flugblättern im öffentlichen Raum gewandt. Wegen dieses Tagesordnungspunktes waren eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern zur Ratssitzung gekommen.

Vor Beginn der Ratssitzung wurde diversen Personen von der herbeigerufenen Polizei zunächst der Zugang zum Ratssaal verwehrt, u. a. auch einem Mitglied unserer Gesamtfraktion, der aus einer zuvor stattgefundenen Sitzung des Umweltausschusses kam und im Anschluss daran an der Ratssitzung teilnehmen wollte. Nachdem er der Aufforderung seinen Personalausweis zu zeigen, nicht entsprechen konnte, weil er ihn nicht dabei hatte, wurde ihm eine Durchsuchung angedroht. Auf endliche Nachfrage zu seinen Personenstammdaten gab er sofort vollständig Auskunft und konnte schließlich nach Prüfung den Ratssaal betreten.

Kopie an Fraktionen/Einzelmitglieder:

SPD, CDU, Bündnis '90/Die Grünen, FDP, Rhh Klein, Preuß, Heitzer, Drabben, Rf Brauers

Wir bitten zu klären,

- wie es zu dem Polizeieinsatz gekommen ist,
- wer die Polizei gerufen hat und welche Gründe dafür vorgelegen haben,
- ob vor dem Einsatz eine Kontaktaufnahme mit dem Oberbürgermeister als Inhaber des Hausrechts bzw. seinem Büro stattgefunden hat oder ob und wenn ja, wie und durch wen er über den laufenden Einsatz informiert worden ist,
- ob dem Oberbürgermeister bekannt ist bzw. bekannt geworden ist, welche polizeilichen Maßnahmen durchgeführt worden sind,
- ob und wenn ja, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis der Oberbürgermeister interveniert hat,
- ob und wenn ja, Schlussfolgerungen aus dem Polizeieinsatz gezogen worden sind, eine Klärung mit dem Polizeipräsidium Krefeld erfolgt ist und mit welchem Ergebnis,
- ob und unter welchen Voraussetzungen künftig Polizei zu Ratssitzungen hinzugezogen wird und ob es dafür ein Regelwerk gibt?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Basri Cakir

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE